

EINE GLOBAL GERECHTE ENERGIEWENDE STATT NEUER ABHÄNGIGKEITEN

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine steht die nationale Energiesicherheit im Zentrum politischer Debatten. Unter Donald Trumps zweiter Präsidentschaft haben sich die USA fundamental vom Pariser Klimaabkommen abgewandt und verfolgen eine aggressive Rückkehr zum fossilen Modell. Dies hat die Frage nach Energiesouveränität für Deutschland verschärft. Der Krieg gegen den Iran verdeutlicht erneut, wie krisenanfällig das fossile Energiesystem ist.

Wenn Energiepolitik jedoch primär unter sicherheits- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten gestaltet wird, drohen menschenrechtliche, soziale und ökologische Aspekte in den Hintergrund zu geraten. Dies birgt die Gefahr, neue Abhängigkeiten zu schaffen, Ausbeutung zu verschärfen und Menschenrechte zu verletzen – insbesondere in vulnerablen Ländern. Eine solche Politik schadet nicht nur dem Klimaschutz und den Betroffenen vor Ort, sondern gefährdet auch Lieferketten, internationale Partnerschaften und verschärft Konflikte. Ein verkürzter Fokus auf nationale und womöglich fossile Energiesicherheit bedeutet somit auch neue Abhängigkeiten und Risiken für Deutschland.

Energiesouveränität muss daher darauf abzielen, fossile Abhängigkeiten konsequent zu verringern: durch den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien, mehr Effizienz sowie resiliente und diversifizierte Energiesysteme. Sie ist untrennbar mit menschenrechtlichen, sozialen und entwicklungspolitischen Zielen verbunden. Eine gerechte Energiewende fördert Frieden und Stabilität, mindert Verwundbarkeiten und stärkt langfristige Partnerschaften.

Just Transition: Der Weg zu einem gerechten und resilienten Energiesystem

Im aktuellen politischen Spannungsfeld kommt der Just Energy Transition – einer global gerechten Energiewende – eine zentrale Rolle zu. Sie bedeutet mehr, als fossile Energieträger technologisch durch erneuerbare zu ersetzen, denn sie verbindet Klimaschutz mit Armutsbekämpfung, Menschenrechten und nachhaltiger Entwicklung. Zugleich berücksichtigt sie sowohl die globale als auch die nationale Dimension, um den notwendigen Umbau von Energiesystemen sozial gerecht zu gestalten und die Mitbestimmung sowie die Rechte der betroffenen Menschen in vulnerablen Ländern zu stärken. Just Transition bildet somit den Rahmen, um erneuerbare Technologien gesellschaftlich gerecht auszubauen.

Das Konzept hat inzwischen Eingang in internationale Kooperationen gefunden, beispielsweise im Rahmen der „Just Energy Transition Partnerships“ (JETPs), die Deutschland als Teil der International Partner Group (IPG) mit Südafrika, Indonesien, dem Senegal und Vietnam geschlossen hat. Die bisherige Praxis zeigt jedoch, dass zivilgesellschaftliche Akteur_innen unzureichend an diesen Partnerschaften beteiligt werden und soziale sowie menschenrechtliche Aspekte häufig zu wenig behandelt werden. Zudem besteht die Gefahr, dass diese Partnerschaften primär geopolitischen oder industriepolitischen Interessen dienen und neue asymmetrische Abhängigkeiten reproduzieren, bei denen Entscheidungs- und Wertschöpfungsstrukturen überwiegend zugunsten der Geberländer ausgestaltet sind.

Eine erfolgreiche Energiewende setzt politische Rahmenbedingungen voraus, die Beteiligungsstrukturen, Energiesouveränität sowie soziale Ausgewogenheit sicherstellen und Nachhaltigkeitsaspekte systematisch berücksichtigen.

1. Partnerschaftliche Energiekooperation und lokale Souveränität

- Internationale Energiekooperationen müssen im beiderseitigen Interesse gestaltet werden. Dies bedeutet, dass Partnerländer und lokale Akteur_innen substantiell an der Konzeption und Umsetzung von Transformationsprozessen beteiligt sind. Energiepartnerschaften dürfen nicht auf die Sicherung von Rohstoffen oder erneuerbaren Energieträgern für den europäischen Markt reduziert werden, sondern sollten im Sinne einer kohärenten Politik auch entwicklungspolitische Aspekte berücksichtigen, ansonsten konterkarieren sie deren Ziele.
- Zentral ist die Stärkung der energiepolitischen Souveränität von vulnerablen Ländern und Gemeinschaften. Bevor Exportinteressen verfolgt werden, muss der Ausbau erneuerbarer Energien zunächst der lokalen Versorgung, der Überwindung von Energiearmut und der Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe dienen. Anstatt neue Abhängigkeiten von internationalen Konzernen oder exportorientierten Energieinfrastrukturen zu schaffen, müssen dezentrale und lokal angepasste Lösungen gefördert werden. Dazu zählen Mini- und Mikro-Netze sowie eine gemeinschaftsbasierte Energieversorgung. Diese Ansätze stärken Resilienz, verbessern den Zugang zu Energie für vulnerable Gruppen und ermöglichen lokale Wertschöpfung.
- Kleine und mittlere lokale Unternehmen, Energiegenossenschaften und kommunale Versorger müssen gezielt gestärkt werden, unter anderem durch angepasste Förderinstrumente, lokale Beschaffungsquoten und langfristige Investitionssicherheit. Darüber hinaus sollten Ausbildung, Forschung und technisches Know-how vor Ort gezielt unterstützt werden. Geschlechtergerechte Ansätze sind dabei zentral: Frauen müssen systematisch als Akteurinnen der Energiewende einbezogen und in Ausbildung, Beschäftigung und unternehmerischen Tätigkeiten gefördert werden.
- Eine gerechte Energiewende ist nur möglich, wenn vulnerable Länder langfristig in die Lage versetzt werden, ihre Energiesysteme selbstbestimmt zu gestalten und weiterzuentwickeln. Gleichzeitig steht Deutschland in der Verantwortung, den eigenen Ausstieg aus fossilen Energien deutlich zu beschleunigen, eine gerechte Energiewende im Inland voranzutreiben und seine Emissionen konsequent zu senken. Nur durch eine kohärente Politik, die innen- und außenpolitisches Handeln glaubwürdig miteinander verbindet, kann Deutschland seiner internationalen Verantwortung gerecht werden.
- Internationale Prozesse zur Verankerung des Übergangs weg von fossilen Energieträgern – etwa die „COP30 Presidency Roadmap for Transitioning Away from Fossil Fuels in a Just, Orderly and Equitable Manner“ sowie die „Belém Declaration on the Transition away from Fossil Fuels“ – sollten durch ein breites und ambitioniertes internationales Bündnis politisch flankiert und inklusiv ausgestaltet werden. Nur wenn diese Initiativen durch belastbare politische und finanzielle Partnerschaften, klare Umsetzungsstrukturen und langfristige Investitionsanreize unterlegt werden, können sie zu einer glaubwürdigen und nachhaltigen Just Transition beitragen.

2. Partizipation, Menschenrechte und Rechenschaftspflichten

- Eine global gerechte Energiewende kann nur gelingen, wenn die betroffenen Menschen aktiv und verbindlich an Entscheidungsprozessen beteiligt sind. Lokale Gemeinschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen, die Arbeitnehmer_innen, Kinder und Jugendliche, ältere Menschen, Menschen mit Behinderung sowie indigene Gruppen vertreten, sollten nicht nur konsultiert, sondern reale Mitspracherechte in nationalen und internationalen Governance-Strukturen erhalten. Dabei sind insbesondere vulnerable Gruppen gezielt einzubeziehen und die unterschiedlichen Voraussetzungen der beteiligten Akteur_innen – etwa im Hinblick auf ihr Wissen, ihre Handlungskapazitäten und finanziellen Möglichkeiten – zu berücksichtigen.
- Entscheidend sind Bottom-up-Ansätze, um Innovationen zu fördern und lokal angepasste Lösungen zu entwickeln. Sie können zudem zur breiteren Verteilung von Einkommen, zu mehr Teilhabe und demokratischer Gestaltungsmacht beitragen, insbesondere in Kontexten, in denen fossile Einnahmen stark bei oligarchischen Eliten konzentriert sind. Umso wichtiger ist, dass Investitionen in erneuerbare Energien bestehende Macht- und Eigentumsstrukturen nicht reproduzieren. Gerade in Regionen, die von Energiearmut betroffen sind, können Bottom-up-Ansätze Entwicklungssprünge (Leapfrogging) ermöglichen und einen dezentralen Zugang zu Energie beschleunigen.
- Gleichzeitig müssen ökologische Grenzen konsequent berücksichtigt werden. Der Schutz von Wasserressourcen, Böden und Biodiversität ist ein integraler Bestandteil einer gerechten Energiewende. Der Abbau von Rohstoffen für erneuerbare Energietechnologien darf nicht zu Umweltzerstörung, gewaltsamen Konflikten oder Menschenrechtsverletzungen führen. Deshalb

sollten bei allen Investitionen und Ausbauprojekten verpflichtend menschenrechtliche und konfliktsensible Risikoanalysen von unabhängigen Institutionen durchgeführt werden.

- Transparenz und umfassende Sorgfaltspflichten entlang globaler Lieferketten sind unerlässlich, um Menschenrechte zu schützen und Umweltstandards durchzusetzen. Die betroffene Bevölkerung muss frühzeitig, umfassend und kontinuierlich informiert und beteiligt werden – insbesondere in fragilen und Konflikt-Kontexten. Das Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung (Free, Prior and Informed Consent, FPIC) sollte konsequent angewendet werden. Zudem müssen zugängliche und unabhängige Beschwerde- und Klagemechanismen für Betroffene geschaffen werden.

3. Integrierte, effiziente und resiliente Energiesysteme

- Um entwicklungspolitische Ziele wirksam umzusetzen, ist ein sektorübergreifender Ansatz notwendig. Die Energiepolitik muss daher systematisch mit anderen Sektoren wie Wasser, Ernährungssicherung, Gesundheit und Bildung verknüpft werden. Energie ist eine zentrale Grundlage für Entwicklung, etwa für Bewässerungssysteme, Kühlketten in der Landwirtschaft, medizinische Versorgung oder Digitalisierung und Bildung. Der Zugang zu Energie ist somit eine Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung.
- Das globale Nachhaltigkeitsziel 7 – der Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle – sollte als Leitlinie für die Just Energy Transition dienen. Energiesysteme müssen so gestaltet sein, dass sie vielfältig, flexibel und an lokale Bedürfnisse angepasst sind. Insbesondere ländliche und marginalisierte Regionen müssen im Fokus stehen, da sie häufig nicht an das zentrale Energienetz angeschlossen

sind. Dies verhindert neue Abhängigkeiten, erhöht die Resilienz gegenüber Krisen und stärkt regionale Wirtschaftskreisläufe. Dezentrale Energiesysteme erhöhen zudem die Versorgungssicherheit in Krisen- und Konfliktkontexten und stärken die Resilienz gegenüber Klimarisiken.

- Energieeffizienz spielt eine Schlüsselrolle. Effiziente Energiesysteme reduzieren Kosten, senken Emissionen und tragen dazu bei, Energiearmut zu überwinden. Energieeffizienz ist daher auch eine soziale Frage und muss gezielt einkommensarme Haushalte, soziale Einrichtungen und kleine Betriebe adressieren. Ein effizienterer Energieverbrauch begrenzt den Gesamtenergieverbrauch und reduziert somit den Bedarf an Rohstoffen, deren Gewinnung häufig mit negativen sozialen Folgen und Umweltauswirkungen verbunden ist. Dadurch wird auch der Ressourcenverbrauch im Gesamten reduziert.
- Um Investitionen in erneuerbare Energien voranzutreiben, benötigen insbesondere verletzte Staaten gezielte politische und finanzielle Anreize. Diese müssen langfristig angelegt sein und mit Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau kombiniert werden, um nachhaltig zu wirken.

4. Gerechte Finanzierung und globale Strukturreform

- Eine global gerechte Energiewende erfordert faire finanzielle Rahmenbedingungen. Die unterschiedlichen historischen Verantwortlichkeiten und Ausgangsbedingungen der Staaten müssen anerkannt werden. Länder, die historisch für den Großteil der globalen Emissionen verantwortlich sind, tragen eine besondere Verantwortung für ambitionierte Emissionsminderungen sowie für umfassende finanzielle Unterstützung ärmerer und besonders vom Klimawandel betroffener Staaten.

- Diese Finanzierung muss zusätzlich, verlässlich und überwiegend in Form von Zuschüssen bereitgestellt werden. Emissionsarme Entwicklungsprojekte müssen so gestaltet sein, dass soziale Gerechtigkeit, Armutsbekämpfung und Menschenrechte im Mittelpunkt stehen.
- Neben Investitionen in Technologien und Technologietransfer müssen auch die sozialen Kosten der Transformation – etwa Arbeitsplatzverluste, Umschulungsbedarfe oder der Aufbau sozialer Sicherungssysteme – berücksichtigt werden. Finanzierungsinstrumente müssen explizit Mittel für Qualifizierung, soziale Absicherung und alternative Einkommensmöglichkeiten vorsehen, um gesellschaftliche Akzeptanz und soziale Stabilität während des Übergangs zu sichern.
- Fossile Subventionen müssen durch die Bundesregierung konsequent abgebaut werden. Diese waren laut dem Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft 2023 auf 85 Milliarden Euro angewachsen.¹ Der Abbau fossiler Subventionen ist ein zentrales Steuerungsinstrument für eine gerechte Energiewende und ein wichtiges Signal für die Glaubwürdigkeit deutscher Energie- und Entwicklungspolitik. Die freiwerdenden Mittel müssen gezielt für Maßnahmen im Bereich nachhaltige Entwicklung, Klimaschutz und Klimaanpassung eingesetzt werden.
- Lokale Akteur_innen und Gemeinschaften müssen direkten Zugang zu Fördermitteln erhalten, um Eigenverantwortung und lokale Ownership zu stärken. Dazu sollten Förderinstrumente vereinfacht, bürokratische Hürden abgebaut und die Vergabe von Mitteln an lokale Gemeinschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen priorisiert werden.

¹ FÖS (2025a): [↘ G7 – Leere Versprechungen. Wo Deutschland und G7 beim Subventionsabbau stehen](#)

- Darüber hinaus sind Reformen der internationalen Finanz- und Handelsarchitektur notwendig. Schuldenlasten, ungerechte Handelsstrukturen und der eingeschränkte Zugang zu Technologien behindern eine gerechte Energiewende. Insbesondere eine hohe Verschuldung schränkt den politischen Handlungsspielraum vieler Länder massiv ein und erschwert Investitionen in nachhaltige Energiesysteme. Eine Just Energy Transition erfordert daher strukturelle Veränderungen, die Ländern des Globalen Südens einen fairen Zugang zu Finanzierung, Märkten und Wissen ermöglichen.

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe
deutscher Nichtregierungsorganisationen e V
Stresemannstraße 72, 10963 Berlin
Tel: 030/2 63 92 99-10, E-Mail: sekretariat@venro.org

Redaktion:

Sophie Knabner

Berlin, 24. April 2026